
Das Budget*

Josef Steindl

Das Budget für 1952 hat durch die Höhe der Gesamtausgaben Aufsehen erregt. Während die gesamten laufenden Ausgaben 1948 noch 4,4 Milliarden S. waren, sind sie für 1952 mit 18,8 Milliarden S. angesetzt worden. Wenn man sich darüber wundert, zeigt das nur, dass das Ausmaß der fortdauernden Preissteigerung den weitesten Kreisen noch immer nicht ganz klar zum Bewusstsein gekommen ist.

Der Finanzminister hat festgestellt, dass in den geschätzten Steuereinnahmen von 18,7 Milliarden keine nennenswerten Reserven enthalten seien. Nun, hoffentlich hat er das nicht ernst gemeint. In den letzten Jahren waren die Einnahmen des Budgets immer stark unterschätzt, und zwar absichtlich. Man hat immer mit zusätzlichen Ausgaben gerechnet und dafür sozusagen im Geheimen eine Reserve angelegt. Es wäre nur zu unvorsichtig, wenn man das heuer nicht getan hätte, denn die Ausgaben-schätzungen des Budgets werden angesichts der außerordentlich stark laufenden Preissteigerung – und der nicht lange aufschiebbaren Lohnsteigerung – bald überholt werden.

Wir können also annehmen, dass dieses Budget ebenso wenig wie seine Vorgänger ernst gemeint ist. In der Blütezeit des Kapitalismus war das Budget eine Art Rechnungslegung an das Parlament, im Sozialismus ist es ein Plan. Bei uns ist es nur ein optischer Eindruck. Margaretha gibt das wohl selbst zu, wenn er sagt, er habe ein Defizit von 100 Millionen S. eingesetzt, „um die bedrängte Lage zum Ausdruck zu bringen, und als Warnung für alle jene, die nicht genug verlangen können“. Die Ziffern, die der Öffentlichkeit vorgelegt werden, sind also in erster Linie dazu bestimmt, gewisse „Eindrücke“ zu erzielen.

Steuerlast der Reichen verringert

Nichtsdestoweniger können wir aus den Steueransätzen dieses Budgets eine interessante Entwicklung ersehen. Vergleichen wir die Steuereinnahmen im Voranschlag mit den tatsächlichen Steuereinnahmen des Jahres 1950, so ergibt sich, dass die Steuerlast in dieser Zeit sich von den Kapitalisten zu den Arbeitern und Angestellten verschiebt.

* Der Text dürfte im Jahr 1951 verfasst worden sein.

	Warenumsatz- steuer	Lohnsteuer (Millionen Schilling)	Veranlagte Einkommen-, Körperschafts-, Gewerbe- plus Vermögenssteuer
1950	2.093	953	2.880
1951 (BVA)	3.321	1.433	3.271
1952 (BVA)	4.410	1.700	3.540

Die Summe der veranlagten Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Vermögenssteuer, also die Steuern, die speziell auf den Gewinn fallen, ist gegenüber dem Jahr 1950 um 23% gestiegen. Die Lohnsteuer dagegen steigt um 78%. Die Warenumsatzsteuer (die die Armen stärker trifft als die Reichen) ist um 110% höher angesetzt, sie steigt also um das Doppelte.

Man könnte sich darüber wundern, dass der Ertrag aus den „Gewinnsteuern“ seit 1950 nur um 23% steigen sollte. Sind doch die Preise seit damals um 50% gestiegen. Das Rätsel ist leicht erklärt: Die erwähnten Steuern auf die Gewinne werden nämlich etwa zwei Jahre später gezahlt, d. h. die Steuereinnahmen des Jahres 52 kommen aus dem Gewinn des Jahres 1950. Während die beschleunigte Preissteigerung des letzten Jahres sich in den anderen Steuereingängen rasch auswirkt, tritt sie bei den Steuern auf den Gewinn erst viel später auf.

Die Tatsache, dass die Preissteigerung sich seit 1950 stark beschleunigt hat, ist die Ursache dafür, dass die Steuern auf den Gewinn hinter den Steuern, die von den Arbeitern bezahlt werden, zurückbleiben. 1950 war die Lohnsteuer 1/3 dieser Gewinnsteuern, 1952 soll sie nach Voranschlag 1/2 sein.

Die bedrängte Lage des Budgets

Aus dem Vorstehenden können wir leicht sehen, dass, und wieso, die Preissteigerungen das Budget in eine schwierige Lage bringen. Ein Teil der Einnahmen, nämlich die Gewinnsteuern, bleibt immer zwei Jahre hinter der Preisentwicklung zurück: Diese Steuern werden also sozusagen in entwertetem Geld gezahlt. Nehmen wir die Summe von Einkommen-, Körperschafts- und Gewerbesteuer, die im Voranschlag 3,480 Milliarden ausmacht. Diese Steuer ist aufgrund der Gewinne von 1950 berechnet. Heute sind die Preise etwa 50% höher, die Gewinne allein aus diesem Grund um 50% höher, und die Steuereinnahmen müssten daher aufgrund der gegenwärtigen Preise um mindestens 50%, also 1.750 Millionen S höher sein. Das ist eine ganz schöne Summe, fast 10% der ganzen Steuereinnahmen. Der Finanzminister wäre die Sorge um die Finanzierung der Investitionen los, wenn diese Summe zur Verfügung stünde. Aber er hat es vorgezogen, Demagogie zu treiben und die Anzahl der Staatsbeamten und Pensionisten für die Schwierigkeiten verantwortlich zu machen.

Ein asoziales Steuersystem

Die früher erwähnten Steuern auf Gewinn oder Besitz machen etwa ein 1/5 der gesamten Einnahmen aus. In England belaufen sich die Steuern auf Gewinn und Besitz auf etwa 1/3 der gesamten Steuereinnahmen. Man sieht daraus, dass mit unserem Steuersystem etwas nicht in Ordnung ist. Die Hauptschuld liegt wohl in der Anwendung, in der Praxis, durch die das Prinzip der progressiven Besteuerung weitgehend unwirksam gemacht wird. Die Anrechnung von fiktiven Spesen (bzw. Anrechnung von privaten Konsumsausgaben als Spesen), die Unterfakturierung im Exportgeschäft und die Manipulation von Abschreibungen geben die Möglichkeit, sich von der grauen Theorie der Einkommensteuer, wie sie am Papier steht, weit zu entfernen. (Überdies gibt das Investitionsbegünstigungsgesetz ein ganz legales Mittel, um die Besteuerung der Gewinne wesentlich zu reduzieren.) Dass es nicht ganz geheuer ist mit der Praxis der Einkommensteuer, kann man daraus ersehen, dass ein undurchdringliches Dunkel über alle Fragen der Finanzstatistik gebreitet wird. Man versuche einmal, vom Finanzministerium die Angaben über die Einkommensteuerstatistik zu bekommen, die in England oder Amerika als eine Selbstverständlichkeit regelmäßig veröffentlicht werden.